

Schürmann, Heinz Jürgen

**Article — Digitized Version**

## Anpassungsaufgaben in der Energiewirtschaft

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schürmann, Heinz Jürgen (1980) : Anpassungsaufgaben in der Energiewirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 6, pp. 275-279

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135446>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

### Anpassungsaufgaben in der Energiewirtschaft

Heinz Jürgen Schürmann, Köln

**Die schrittweise Substitution des Erdöls durch andere Energieträger ist die wichtigste energiepolitische Aufgabe der nächsten Jahrzehnte. Wie kann sie bewältigt werden?**

Die 70er Jahre brachten der Energiewirtschaft gewaltige Herausforderungen, die dazu führten, daß die Kalkulationsbasis in mengenmäßiger wie in preislicher Hinsicht völlig verändert wurde<sup>1</sup>. Die Verfügbarkeit über den mit Abstand weltweit immer noch wichtigsten Energieträger Öl mit einem Anteil von 46 % ist neu geregelt worden, und der Versorgungsfluß ist in zwei Ölkrisen erheblich gestört bzw. politisch gefährdet gewesen. Die internationalen Ölgesellschaften haben ihre historischen Förderprivilegien in einem erheblichen Umfang eingebüßt; die Ölförderstaaten haben die volle Produzentenouveränität erlangt. Die (reale) Ölpreisentwicklung hat sich in immer kürzer werdenden Preisrunden nach oben geschaukelt: in realen Größen immerhin eine Verhundertfacherung der Durchschnittspreise im letzten Jahrzehnt. Die schrittweise Substitution des Öls, dessen Angebot aller Voraussicht nach mit dem weltweit steigenden Energieverbrauch nicht mehr Schritt halten dürfte, ist die wichtigste energiewirtschaftliche Aufgabe der nächsten Jahrzehnte.

Neuartig an der vor uns liegenden Anpassungsaufgabe ist die Notwendigkeit, den Übergang auf Energieträger herbeizuführen, deren Kosten deutlich über denen des heute dominierenden Mittelost-Öls liegen. Die zentrale Aufgabe besteht darin, einen Strukturwandel in der Energiewirtschaft zu forcieren, ohne Strukturbrüche in der Weltwirtschaft auszulösen. Der noch 1977/78 vorhandene Optimismus im Hinblick auf allmähliche Umstrukturierungen und eine Verhinderung von kurzfristigen Anpassungsschocks ist derzeit – nach „Harrisburg“ und „Teheran“ – einer eher pessimistischen Lagebeurteilung gewichen. Es haben sich die Risiken erhöht, daß die notwendigen Investitionsentscheidungen nicht rechtzeitig und nicht ausrei-

chend erfolgen und die vorhandenen Energiekapazitäten künstlich verknappt werden.

Auch nach den jüngsten Preisschüben beim Öl ist die Wirtschaftlichkeit der OPEC-Öl-Alternativen bislang erst bedingt gegeben: die Größenordnung der in den 70er Jahren ständig höher geschätzten Produktionskosten für Ölsubstitute schwankt von heute schon erreichter Wirtschaftlichkeit bis zu Kosten, die viermal höher als beim Erdöl sind. Angesichts dieser ökonomischen Ausgangsdaten sind weitere reale Energiepreissteigerungen als Ausfluß des notwendigen Übergangs auf kostengünstigere Alternativen zwangsläufig. Die Ölanbieterstaaten planen, den realen Ölpreis den abschätzbaren Grenzkosten anzugleichen, die bei der Produktion eines repräsentativen Bündels von Alternativenergien anfallen müßten. Die Festlegung eines solchen Alternativenbündels wird innerhalb des OPEC-Lagers derzeit sehr kontrovers diskutiert. Entscheidend ist, welche Ölprodukte man ersetzen will und welche alternativen Energieressourcen in welchen Verwendungsbereichen zur Bedarfsdeckung noch zum Zuge kommen müssen. Die Substitutionschancen sind innerhalb der erzeugten Ölprodukte sehr unterschiedlich. Die schweren Ölprodukte (schweres Heizöl) können sehr leicht, leichte Erzeugnisse (Fahrbenzin und Rohbenzin) dagegen nur immer schwieriger werdend ersetzt werden. Ferner ist zu berücksichtigen, daß nicht nur gravierende Kostenunterschiede zu den einzelnen Substitutionsenergien vorliegen, sondern daß auch die Kostenspannweiten von gleichen Energieträgern (je nach Produktionstiefe und Aufkommenssorten) ganz beträchtlich sind<sup>2</sup>. Fraglich ist auch, ob angesichts der Konzentration bestimmter OPEC-Öl-Alternativen auf einzelne Anbieterstaaten allein eine kostenorientierte Preisbildung erfolgt und inwieweit

---

*Dr. Heinz Jürgen Schürmann, 36, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Energiewirtschaftlichen Institut der Universität zu Köln.*

<sup>1</sup> Vgl. zu den Entwicklungsprozessen und Marktergebnissen im einzelnen H. J. Schürmann: Multinationale Energieunternehmen und ihre energiepolitische Beurteilung, München 1980.

<sup>2</sup> Dies ist z. B. bei der Kohle besonders bedeutsam, bei der die Kosten um mehr als den Faktor 3 schwanken können.

angesichts von Akzeptanzkrisen und Umweltbelastungen gesellschaftliche Kostenaufschläge kalkuliert werden müssen.

Nach den vorliegenden Kosteninformationen (auch unter Berücksichtigung wachsender Umweltansprüche) erscheint es durchaus realistisch, die relevanten Grenzkosten des Energieangebots bis Ende dieses Jahrhunderts auf real die doppelte Höhe gegenüber heute zu schätzen, also einen realen Ölpreissteigerungsspielraum von 3,5 % p.a. zu vermuten. Bei der derzeitigen Konstellation von Ungleichgewichtsfaktoren ist allerdings davon auszugehen, daß keine stetige reale Preisaufwärtsbewegung zustande kommt, sondern daß in Abhängigkeit von weltkonjunkturellen Wellen die Ölpreise sehr unstetig aufwärts fluktuieren dürften. Gegen Ende des Jahrhunderts könnten die Ölpreise zudem einen noch stärkeren Aufwärtstrend nehmen, da eine gewisse Abkopplung vom allgemeinen Energiepreistrend erwartet werden kann (Konzentration des Öls auf die besonders präferenzierten Absatzsektoren Verkehr und Chemie).

#### Gefahr von Staatseingriffen

Aufgrund der langen Ausreifungszeiten von einem Jahrzehnt sowie des Ausmaßes der notwendigen Investitionen für alternative Energieträger ist die internationale Abhängigkeit vom OPEC-Öl nur schrittweise zu lösen. Soweit in den 70er Jahren nachhaltige reale Preiserhöhungen vorlagen, sind bereits gesamtwirtschaftlich Anpassungsprozesse (sinkende spezifische Energie- und Mineralölverbräuche<sup>3</sup>) eingeleitet worden. Die Orientierung nationaler Ölpreise am Weltmarktniveau sowie die Erwartung weiterhin ansteigender Energiepreise werden bei den einzelnen Wirtschaftssubjekten freiwillige Verhaltensänderungen induzieren und auch entsprechende Investitionsprozesse auslösen, wenn die Flexibilität der Wirtschaft durch mehr Staatsinitiative nicht noch weiter eingeengt, sondern mit eindeutigen Rahmendaten wieder erweitert wird. Zwar sind die Angebots- und Substitutionselastizitäten kurzfristig sehr gering, doch ist längerfristig mit wesentlich höheren Elastizitäten zu rechnen.

Die politischen Akteure müssen angesichts des großen Zeitbedarfs der Anpassung Geduld aufbringen. Mehr Energiebürokratie bedeutet in der Regel nur, daß der Energiemangel verwaltet wird, nicht aber, daß die künftigen Ausbalancierungsmöglichkeiten verbessert werden. Die Gefahr ist weltweit allerdings groß, daß über Wirtschaftswachstumseinbußen, Protektionismus und Energieverwendungsdirigismus ein „Ausgleich“ der Energieversorgungsspannungen zustande kommt. Ein Fortbestehen der Engpässe und wachsende Ver-

teilungsaueinandersetzungen sind damit aber auch schon vorprogrammiert.

In den nächsten beiden Jahrzehnten werden allein die reinen Energieproduktionskosten auf ca. 2500 Mrd. \$ (in 80er Werten) geschätzt, wenn der Primärenergieverbrauch mit den diskutierten 2,2 % ansteigen soll. Dieser Betrag dürfte sich nochmals verdoppeln, wenn man die weiterhin notwendigen Anpassungsinvestitionen in der gesamten Infrastruktur bis zum Verbraucher sowie die unterstellten rationelleren Energieausbeuteinvestitionen mitberücksichtigt. Diese Kapitalbeträge können durchaus ohne gesamtwirtschaftliche Strukturbrüche aufgebracht werden – bei einem mit 3,2 % ansteigenden Weltsozialprodukt und einem allmählich umstrukturierten Welt-Kapitalstock<sup>4</sup>.

Die erforderlichen Anpassungsprozesse bedingen, daß der Anteil der Energieinvestitionen an den Gesamtinvestitionen ganz erheblich ansteigen muß und die Industrienationen insbesondere beträchtliche „investive“ Opfer aus ihren Sozialprodukten leisten müssen, da ihre Energieversorgungssysteme „kapitalintensiver“ werden müßten. Um künftig hinreichende Nutzenenergien (wie Wärme, Kraft, Licht etc.) zu erhalten, ist es erforderlich, lange „Produktionsumwege“ einzuschlagen, d. h. den volkswirtschaftlichen Kapitalstock verstärkt in die rationelle Errichtung von Energiegewinnungsanlagen, Transport- und Umwandlungskapazitäten zu lenken. Schon kurzfristig ist es unabdingbar, wesentlich mehr Kapital und Arbeit in Form von „Exportgütern“ gegen die nachgefragten internationalen Energiegüter einzutauschen, da die „Terms of Trade“ der Energiekonsumentenstaaten sich (zumindestens vorübergehend) tendenziell verschlechtern dürften<sup>5</sup>. Bis zum Jahre 2000 wird für die reifen Volkswirtschaften eine Verdoppelung des für die energiewirtschaftliche Versorgung gebundenen Sozialprodukts auf durchschnittlich 10 % geschätzt (Kapitalinvestitionen sowie kompensierende Exporte für die notwendigen Primärenergieimporte).

#### Strukturelle Daueranpassung

Um die realwirtschaftliche Seite der nachhaltigen Verknappungen von „billigen“ Energieträgern rasch in den Griff zu bekommen, muß eine energiepreisindu-

<sup>3</sup> Vgl. H. J. Schürmann: Ölversorgung: Bestandsaufnahme und Ausblick, in: Zeitschrift für Energiewirtschaft, 1980, S. 14 ff.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu auch die detaillierten Überlegungen in C. Wilson (Hsrg.): Coal: Bridge to the Future, Cambridge (Mass.) 1980, S. 211 ff.

<sup>5</sup> Die Bundesrepublik Deutschland muß z. B. statt gut 1 % Anfang der 70er Jahre am Beginn der 80er Jahre wahrscheinlich zunächst rd. 5 % ihres Sozialproduktes für kompensierende Realtransfers ihrer Ölversorgung aufwenden.

zierte strukturelle Daueranpassung zugelassen und unter Umständen staatlich begünstigt werden. Dies impliziert zum einen, daß bei der Inputkombination für gegebene Güter weniger Energieträger eingesetzt und auf der Outputseite energieintensive Güter überproportional verdrängt werden – mit dem Gesamtergebnis einer sinkenden Energieintensität, was mehr oder minder in allen Energieprognosen schon vorausgesetzt wird. Zum anderen sind aber auch verstärkte Investitionsanstrengungen zu Lasten der (inländischen) konsumtiven Verwendungen des Sozialprodukts unerlässlich, um die notwendigen Energien marktreif zu machen.

Damit der tendenziell steigende Kapitalkoeffizient, der im wesentlichen durch die gewaltig ansteigenden, aber langfristig sinnvollen „Produktionsumwege“ in der Energiewirtschaft bedingt ist, nicht zu längerfristig überproportional sinkenden Wachstumspotentialen führt, erscheint es für eine dauerhafte Lösung unerlässlich, die Investitionsquote zu steigern, also inländische Konsumansprüche (vorübergehend) zurückzuschrauben. Die Erhöhung der Investitionsquote zugunsten einer weiteren Energieträgererschließung und einer verbesserten Energieausbeute in den westlichen Volkswirtschaften ist demnach das wichtigste Charakteristikum eines nachhaltigen, aussichtsreichen Anpassungsprozesses. Die notwendige Investitionsquotenerhöhung wäre am besten flankiert, wenn freiwillige Konsumverzichte zustande kommen können. Auf der Grundlage von freiwilligen Sparsentscheidungen und gegebenenfalls verstärkten Vermögensbildungsplänen wäre es nämlich möglich, den zu bildenden Energiekapitalstock nicht einseitig verteilt (zugunsten bestimmter aus- wie inländischer Gruppen) anzusammeln. Wirtschaftspolitisch bedingt dies insbesondere auch eine Strategie offensiver Wachstumsförderung –

durch Abschreibungserleichterungen, Forschungssubventionen, Energiesparprämien und die Vermeidung administrativer Investitionshemmnisse.

Angesichts der Ungleichgewichte zwischen den Fördermöglichkeiten und den Verbrauchszentren sind diversifizierte, internationale Austauschprozesse im Energiesektor auch weiterhin von wachsender Relevanz. Dies schon deshalb, um die Umstellungen zu einigermaßen tragfähigen Kosten zu ermöglichen. Weltwirtschaftlich werden einigermaßen stabile Rahmendaten für Investitionsentscheidungen realistischweise nur ganz begrenzt durchsetzbar bleiben. Nachhaltige kooperative Lösungen werden erst allmählich – mit großen Unterschieden beim Grad der jeweiligen gegenseitigen Abhängigkeiten und damit verminderten Erpreßbarkeiten – durchgesetzt werden können. Beim Aufbau der neuen Energieträgermärkte (insbesondere Gas und Kohle) sollten zwar die Organisationsmuster auf gegenseitige Einbindungen der unterschiedlichen Vertragspartner zugeschnitten werden, die Kapitalverwertungsrisiken werden aber beträchtlich bleiben. Stabile, belastbare Unternehmenseinheiten, die über große Ausweichmöglichkeiten verfügen können, scheinen unabdingbar, um dynamische Investitionsprozesse zu beginnen und durchsetzen zu können.

Vor diesem Hintergrund müssen dann auch Eigenkapitalrenditen und Finanzierungspotentiale von Energieunternehmen gewürdigt werden. Ein relativ hohes Maß an Eigenfinanzierung, wobei man zweifellos über die konkrete Größenordnung streiten kann, ist die „conditio sine qua non“ für die rechtzeitige, ausreichende Finanzierung der zukünftigen Energieinvestitionen – insbesondere angesichts der Größenordnungen und Risiken auch für wachsende Fremdmittel. Da

---



**FLORA  
SOFT**  
Die Margarine  
für Aktive

die Abschreibungen in inflationären Zeiten tendenziell einen geringeren Beitrag zur Eigenfinanzierung zu erbringen vermögen, muß sich die Struktur der Eigenfinanzierung selbst zugunsten von einbehaltenen Gewinnen verändern. Solche Gewinne müssen dann auch erzielt werden können und dürfen nicht überproportional ausgeschüttet werden.

### Rolle der Energie-Multis

Man mag gegen multinationale Energieunternehmen mit einer Reihe von Einwendungen noch einigermaßen plausibel argumentieren können – eines ist jedoch für die Vergangenheit eindeutig belegbar, daß diese Unternehmen tendenziell wenig Gewinn ausschütteten und mit ihren erzielten, längerfristig bislang keineswegs unangemessenen<sup>6</sup> Gewinnen internationale Energieinvestitionen vorwärtsgetrieben haben und insbesondere auch dort investiert haben, wo man weltweit die relativ höchsten Renditen vermutete. Von energiewirtschaftlichem Interesse ist vor allem, daß die strategischen Konzeptionen der „Energie-Multis“ auch bei den „neuen“ Energieträgern (Flüssiggas und Kohle) darauf abzielen, von vornherein eine Weltoptimierung anzusteuern, also die Internationalisierung voranzutreiben und „Abwartehaltungen“ (z. B. im Kohle- und Flüssiggasbereich sowie bei den „Synthetics“<sup>7</sup>) zu überwinden, was durch die in jüngster Zeit vorgelegten Investitionspläne empirisch nachvollzogen werden kann.

Der Beitrag der multinationalen Energieunternehmen ist heute gerade vor dem Hintergrund ihrer kurz- wie auch langfristigen Stabilisierungspotentiale zu würdigen. Konfliktbeziehungen zu ihren Gastländern lassen sich vor allem dann begrenzen, wenn noch mehr sich international verstehende Energieunternehmen die weltweit sehr kostenunterschiedlichen Energiepotentiale mobilisieren, dadurch die Konkurrenzprozesse beleben können, und wenn die staatlichen Akteure aus den westlichen Ölkonsumentenstaaten ihre energiepolitischen Entscheidungen koordinieren und insbesondere auf die langfristigen energiewirtschaftlichen Aufgabenstellungen ausrichten.

Die institutioneilen Voraussetzungen für energiepolitische Kooperationsprozesse zwischen den westlichen Industriestaaten sind weitgehend geschaffen worden. Es geht nunmehr darum, die politischen Absichtserklä-

rungen adäquat zu implementieren und auch die künftige Rolle von multinationalen Energieunternehmen zu definieren. Wenn man eine internationale Kooperation als sinnvoll oder sogar als notwendig unterstellt, weil nur sie die künftigen Umstellungsschwierigkeiten wesentlich reduzieren und das Wachstum in allen beteiligten Ländern insgesamt fördern kann, sollte man diese Integration auch nicht dadurch erschweren, daß man integrierende multinationale Energieunternehmen abbremst, sondern man sollte die Voraussetzungen schaffen, daß noch mehr Energieunternehmen die internationalen Marktprozesse beleben können. Je offener die einzelnen Energieträgermärkte in der westlichen Welt ausgestaltet werden können, um so günstiger ist der Rahmen für dynamische Marktprozesse durch unabhängige Entscheidungseinheiten. Bei offeneren Märkten wird automatisch eine Reihe der beanstandeten Mißbrauchstatbestände (wie Einsatz konzerninterner Verrechnungspreise für steuermanipulative Zwecke, gezielte Verdrängung unabhängiger Versorgungsgruppen) entweder seitens der Unternehmen schwieriger durchführbar oder von den nationalen Instanzen leichter belegbar und abstellbar.

### Offenheit der Märkte

Für den notwendigen schnellen Aufbau weiterer, internationaler Energiemärkte (Kohle, Flüssiggas, Kernenergie) wäre wesentlich mehr Offenheit des Marktes als bisher eine günstige Voraussetzung, und zwar nicht nur für die multinationalen Ölgesellschaften, sondern auch für sonstige Energieträgerunternehmen aus möglichst vielen Industriestaaten. Auf diese Weise könnte vor allem ein politisches Vorurteil gegen einseitig konzentrierte Unternehmensmacht in bestimmten Staaten (USA, Großbritannien) abgebaut werden. Je mehr es gleichzeitig gelingt, die energiepolitischen Entscheidungen (z. B. innerhalb der Internationalen Energie-Agentur) zu koordinieren, um so mehr kann das bisherige prinzipielle Ungleichgewicht einer territorialen Nichtkongruenz von politischer Organisation und ökonomischer Aktivität im Energiebereich korrigiert werden.

Ein immer relevanter werdendes energiepolitisches Dilemma dürfte sich dadurch ergeben, daß einzelne OPEC-Staatsgesellschaften beabsichtigen, international voll integrierte Energieunternehmen aufzubauen. Dies bedeutet, daß zum einen verstärkt Rohöle im eigenen Lande verarbeitet und dann Mineralölerzeugnisse exportiert werden sollen und daß zum anderen auf der Grundlage von Kapitalbeteiligungen auch in das inländische Produktions- und Verteilungs-System westlicher Ölkonsumentenstaaten eingedrungen wer-

<sup>6</sup> So lag z. B. die Eigenkapitalrendite der fünf größten US-Öl-Multis bei 14,5 % im Zeitraum 1974/1979, jene der gesamten US-Industrie bei 14,3 %.

<sup>7</sup> Synthetics umfassen Teersande und Ölschiefer sowie aus Kohle erzeugte Produkte.

den soll. Die wirtschaftspolitische Beurteilung dieser Integrationsstrategie ist ausgesprochen kontrovers, insbesondere weil befürchtet wird, daß die westlichen Industrieländer hierdurch noch verwundbarer bzw. erpreßbarer würden und die Versorgungsbedingungen sich mengenmäßig wie preislich vor allem in Krisenzeiten verschlechtern könnten.

Es bleibt hierzu anzuführen, daß das grundsätzlich befürwortete Prinzip „offener“ Märkte nicht einseitig nur für eigene internationale Engagements ausgelegt werden kann, sondern gleichfalls für die inländischen Märkte gültig sein muß, wenn überzeugend argumentiert werden soll. Zweifellos würden durch solche neuen Verflechtungen auch wieder Abhängigkeiten entstehen, diese Abhängigkeiten sind aber gegenseitiger und nicht einseitiger Natur, denn das seitens der OPEC-Staaten investierte und jeweils gebundene Kapital ermöglicht nur dann nachhaltige Erträge, wenn auch „ökonomisch“ disponiert wird. Die dramatische Politisierung im internationalen Rohölhandel ist wohl doch vor allem dadurch entstanden, daß im Zuge der Ablösung des kolonialen Zeitalters zunächst einseitige ökonomische Abhängigkeiten auf dem Erdölsektor entstanden sind, die es den OPEC-Ländern ermöglichen, die Rohölförderraten ohne größere eigene Opfer zu begrenzen. Dieses „Wartenkönnen“ wird jedoch wesentlich teurer, wenn die OPEC-Staaten z. B. in verstärktem Umfang aufwendige Kapitalinvestitionen in den einzelnen Stufen der Ölverwertung vorgenommen haben.

Das internationale Spiel der freien Marktkräfte ist zwar durch eine Reihe von Umständen im Energiegeschäft ganz entscheidend gestört. Die Frage ist nur, ob nicht selbst die unvollkommenen Marktsteuerungsprozesse bessere Resultate als sonstige Lösungen induzieren.

### **Internationale Energiebank**

Zweifellos halten die politischen Zustände in bestimmten Staaten und Regionen die multinationalen Unternehmen davon ab, dort sozusagen auf „Nimmerwiedersehen“ zu investieren, ohne später entsprechende Gewinnmöglichkeiten wahrnehmen zu können. Das Risiko erscheint ihnen einfach zu groß. Dies ist aber eine durchaus ökonomische Verhaltensweise. Das politische Problem der Animosität gegenüber multinationalen Unternehmen läßt sich nur weltweit durch politische Aktionen überwinden.

Zu überlegen wäre insbesondere, über internationale Organisationen Finanzierungsmöglichkeiten zu finden, um weltweit ausgewogenere Erschließungsstruk-

turen bei den Primärenergien zu ermöglichen. Eine Kooperation zwischen internationalen Finanzierungsinstitutionen und Energieunternehmen müßte dann in der Weise stattfinden, daß internationale Organisationen die Finanzierung der Investitionen und auch eine (politische) Absicherung vornehmen würden, während multinationale Unternehmen ihr technologisches Know-how zur Erforschung und Exploration von Energieressourcen beibringen würden.

Die Überlegungen zu einer solchen internationalen „Energiebank“ stehen zwar heute noch am Anfang, sie bieten jedoch vielversprechende Perspektiven, um die gewünschten Entlastungsprozesse auf den Weltenergiemärkten zu flankieren. Beispielsweise könnte die Energiebank den Ölländern Wertpapiere anbieten, die eine bestimmte reale Mindestverzinsung garantieren. Diese Verzinsung der Kapitalien wäre als sicher kalkulierbare Größe eine interessante Option für die OPEC-Länder mit geringen inländischen Kapitalverwertungsmöglichkeiten (Saudi-Arabien, Kuwait). Sie könnte real in der Größenordnung der langfristig realen Wachstumsrate der Industrieländer (3 bis 4 %) liegen. Der Energiebank könnten (interessante) Energieprojekte angetragen werden. Die Bank müßte die Projekte auf der Grundlage volkswirtschaftlicher (insbesondere energiewirtschaftlicher) Maßstäbe überprüfen und eine energieprojektbezogene Finanzierung ermöglichen. Die Projekte sind möglichst effizient zu verwirklichen, was in der Regel die Einschaltung internationaler Energieunternehmen als Dienstleistungsinstanz bedingt. Die Bank sollte nicht die Aufgabe erhalten, Entwicklungshilfe zu betreiben (z. B. Kredite mit präferenzierten Bedingungen).

Energieprojekte lohnen sich in der Regel, problematisch sind heute politische Verunsicherungen. Die Bank stellt Energie-Risikokapital zur Verfügung, und sie ermöglicht als internationale Organisation mehr politische Sicherheit. Da sie energiebezogen kalkuliert, spielen für die Kapital nachfragenden Länder Verschuldungsgrenzen keine Rolle. Wenn ein Energieprojekt sich lohnt, kommt es zustande: es scheitert nicht – wie bislang – an politischen Unvollkommenheiten, insbesondere den Verschuldungsgrenzen. Die Industrieländer müßten Ausfallbürgschaften tragen, d. h. sie müßten die Risiken zwischen garantierten Einlagenverzinsungen und erwarteten Rückzahlungen absichern und zugleich zunächst eine Vorlauffinanzierungshilfe ermöglichen. In der zu gründenden internationalen Energiebank könnten gleichzeitig Experten aus vielen Ländern tätig werden. Es wären unabhängige Weltenergieverbrauchsprognosen möglich, und es könnten Energieträgerdetailstudien erstellt werden.